

Pressemitteilung der FWG-UBN Neu-Anspach

Die FWG-UBN Neu-Anspach stimmte gegen die Nachhaltigkeits-, Hebesatz-, und Nachtragsatzung.

Der Bürgermeister hat bereits den Haushalt 2018 mit einer heißen Nadel gestrickt. Und wohlwissend um der finanziell angespannten Lage wurden keine Einsparungen vorgenommen. Das Geld wird weiter ausgegeben. Beispielsweise wurde die Stelle des Wirtschaftsförderers durchgesetzt, die in 2019 besetzt wurde. Sowie die Eigenbeförderung, obwohl wir hier Mehrkosten in Höhe von mindestens € 33.000 errechnet hatten.

Der Umstieg auf die Eigenbeförderung wäre auch zu einem späteren Termin möglich gewesen, nämlich dann, wenn sich die finanzielle Lage der Stadt gebessert hat. Darüber hinaus wurde Gartenland zu einem 10-fach höheren Preis als der Marktwert gekauft, ohne dass es gebraucht wurde. Die Beispiele für unnötige Ausgaben lassen sich beliebig fortsetzen.

Das Ergebnis der schlechten Haushaltsführung sehen wir jetzt. Wir schließen das Haushaltsjahr 2018 mit einem Defizit von rund 1.5 Mio. ab, das sind € 900.000,- mehr als eingeplant.

Genauso läuft es mit dem Haushalt 2019. Bereits im Januar war dem Bürgermeister bekannt, dass die Stadt zahlungsunfähig ist. Kurzerhand wurde der genehmigte Haushalt 2019 nicht veröffentlicht, der somit nicht rechtskräftig wurde, was eine höhere Kreditlinie zur Folge hat. Das Parlament wird aber erst im April darüber informiert („Ad-hoc Bericht“ des Bürgermeisters). In der gleichen Sitzung werden dann auch noch Geschenke verteilt. Die Stadt verzichtet bei einem Verein auf einen Teil der Hallennutzungsgebühren und zwar rückwirkend für 2018.

Von Januar bis jetzt wurde Geld, das die Stadt nicht hat, ausgegeben, anstatt Sparmaßnahmen zu ergreifen. Stattdessen kreiert der Bürgermeister die Idee eines „Generationsbeitrages“ in Form einer Nachhaltigkeitssatzung, mit der dann dem Bürger das Geld aus der Tasche gezogen werden soll, um die Finanzenlöcher zu stopfen. Es ist ja so einfach, den Bürger zur Kasse zu bitten. Unter dem Deckmantel des Generationenbeitrages wird die Grundsteuer B um 187 Punkte angehoben.

Wie hatten wirklich erwartet, dass der Bürgermeister nach Bekanntwerden der Zahlungsunfähigkeit das Parlament informiert und in Form von Sparmaßnahmen reagiert. Beispielsweise die Einstellung des Wirtschaftsförderers ins nächste Jahr zu verschieben oder besser noch die Streichung dieser Stelle.

Aber stattdessen wird das Parlament aufgefordert Sparvorschläge zu unterbreiten, was auch alle Fraktionen bis auf SPD und NBF getan hatten.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass es nicht die Aufgabe der Politik ist, Sparvorschläge zu unterbreiten. Die Politik gibt die Richtung vor und der Bürgermeister und die Verwaltung sind das ausführende Organ.

Wir sind der Meinung, dem Bürgermeister und den ihn stützenden Parteien fehlt der Wille zum Sparen!